

Geschäftszahlen:
BKA: 2023-0.004.651
BMKOES: 2023-0.818.862
BMEIA: 2023-0.485.658

77/10

Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Humanitäre Krisen in Syrien und der Region; Bereitstellung von Mitteln aus dem Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland (Bundesgesetz über den Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland)

Syrien und die Region sind von multiplen, sich gegeneinander verschärfenden Krisen schwer getroffen. Die drastischen humanitären Krisen sind insbesondere durch den langanhaltenden Syrien-Konflikt und die durch ihn ausgelösten Flüchtlingsströme in die Nachbarländer, die weltweite Ernährungskrise sowie durch die verheerende Erdbebenkatastrophe vom 6. Februar 2023 gekennzeichnet. Der Terrorangriff der Hamas auf Israel droht die Region weiter zu destabilisieren.

Eine der weltweit größten aktuellen humanitären Krisen in dem seit 12 Jahren von bewaffneten Konflikten geplagten und in verschiedene Teile zerrissenen **Syrien** hat das Land immer noch fest in ihrem Griff. Laut Angaben des Amtes der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UN OCHA) benötigen über 15 Millionen Menschen dringend humanitäre Hilfe, darunter laut Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) 7 Millionen Kinder.

Der Konflikt in Syrien hat laut UN OCHA 6,8 Millionen Menschen innerhalb Syriens vertrieben. Mit den nach Angaben des Amtes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) 5,2 Millionen registrierten Geflüchteten vor allem in den Nachbarländern leidet die ganze Region unter einer enormen Flüchtlingskrise.

Besonders für die vulnerabelsten Menschen unter den intern Vertriebenen (IDPs) in Syrien hat sich die Situation drastisch verschlechtert. Am schwersten betroffen sind Frauen und Kinder, Menschen mit Behinderungen sowie die zahlreichen Verwundeten, Kranke sowie ältere und gebrechliche Menschen. Das bereits vor Ausbruch der COVID-19 Pandemie fragile Gesundheitssystem ist in weiten Teilen Syriens schwer angeschlagen. Frauen und Kinder sind den Gefahren von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt.

Das schwere Erdbeben im Februar führte zu weitläufigen Zerstörungen im Nordwesten Syriens und einer drastischen Verschärfung der humanitären Notlage für 4,1 Millionen Menschen. Die seit Jahren desolate lebensnotwendige Infrastruktur erlitt weitere schwere Schäden, besonders im Bereich der Gesundheitsversorgung.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) leistet Hilfestellung, um Gesundheitseinrichtungen zu stärken und Überlebende der Erdbebenkatastrophe weiterhin adäquat mit Medikamenten zu versorgen.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und UNICEF sichern den Zugang für Kinder und Frauen zur kritischen medizinischen Erstversorgung sowie zu Wasserversorgung, sanitären Einrichtungen und Hygienemaßnahmen.

UNICEF ermöglicht Kinderschutzmaßnahmen und Aufrechterhaltung schulischer Ausbildung für Millionen durch Kriegshandlungen beeinträchtigte Schülerinnen und Schüler.

In den **Nachbarstaaten Libanon und Jordanien** haben die großzügige Aufnahme syrischer Flüchtlinge, extreme Wettersituationen und die Auswirkungen der COVID-19 Pandemie die fragilen kritischen Infrastrukturen der beiden Staaten, insbesondere die Gesundheitsversorgung, an den Rand ihrer Kapazitäten gebracht. Die humanitäre Krisensituation wurde auf Grund einer durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine verschärften weltweiten Ernährungskrise noch weiter verstärkt.

Die humanitäre Situation der Menschen im **Libanon** ist weiterhin äußerst prekär. Zu dem seit Beginn des Syrien Konflikts anhaltenden Flüchtlingszustrom aus dem Nachbarland kommt seit 2021 Jahr eine sich rapide verschärfende Finanz- und Wirtschaftskrise, deren unverminderte Abwärtsspirale das Land in die schwerste wirtschaftliche Krise seiner Geschichte gebracht hat. Ein Großteil der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze. Die auf Grund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ausgelösten sprunghaften Verteuerungen von Grundnahrungsmitteln wie Weizen und ihre Knappheit auf den Weltmärkten führten zu einer Ernährungskrise für weite Teile der Bevölkerung.

Bei einer Einwohnerzahl von 6,8 Millionen hat der Libanon seit Beginn des Krieges in Syrien laut Angaben von UNHCR rund 1,5 Millionen syrische Geflüchtete aufgenommen. Die Anzahl der registrierten Flüchtlinge beläuft sich derzeit laut UNHCR auf 800.000. Dieser Zustrom ist zu einer enormen Belastung für die gesamte Infrastruktur geworden, die medizinische Grundversorgung steht bereits jetzt am Rande des Zusammenbruchs. Derzeit sind im Libanon laut Angaben von UNICEF mindestens 3,8 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen, ein Drittel davon sind Kinder. Allem voran fehlt es an Nahrungsmitteln, Zugang zu sauberem Trinkwasser und angemessenen Sanitäranlagen sowie Bildungsmöglichkeiten. Fehlende Bildungs- bzw. Erwerbsmöglichkeiten treffen in überwiegendem Ausmaß Frauen und Mädchen. Laut UNICEF haben 77 Prozent der Haushalte nicht genügend Lebensmittel oder Geld für Lebensmittel zur Verfügung, bei

syrischen Flüchtlingshaushalten liegt die Zahl bei 99 Prozent. UN Women ist vor Ort im Libanon um Gender Equality und die Rechte von Frauen und Mädchen im prekären wirtschaftlichen, sozialen und politischen Umfeld zu sichern.

Der wirtschaftliche, politische, soziale und demographische Druck in **Jordanien** aufgrund der direkten Nachbarschaft zu Syrien ist unverändert hoch. 660.000 der von UNHCR registrierten 760.000 Flüchtlinge in Jordanien sind aus Syrien geflüchtete Menschen, darunter mehr als die Hälfte Kinder. Auch im zwölften Jahr seit Beginn des Syrienkonflikts hat sich die humanitäre Situation der Flüchtlinge in Jordanien nicht verbessert. Über 90% Prozent der Syrerinnen und Syrer in Jordanien leben unter der Armutsgrenze und kämpfen ums Überleben. Insbesondere fehlt es an Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung. Auch in Jordanien breitet sich eine durch die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ausgelöste Ernährungskrise immer weiter aus.

UNHCR ist vor Ort, um Hilfestellung zum Schutz der Flüchtlinge in Jordanien und Nothilfe für ihren dringendsten humanitären Bedarf zu leisten.

Österreich unterstützt im Sinne seiner humanitären Tradition und angesichts der akuten Notlage in Syrien, im Libanon, und in Jordanien die Anstrengungen der humanitären Organisationen in Syrien und der Region und leistet damit einen wichtigen Beitrag für die Stabilität vor Ort.

Zur Bekämpfung der humanitären Krisen in Syrien und der Region ist ein österreichischer Beitrag von insgesamt EUR 6 Millionen aus Mitteln des Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland vorgesehen, der mit dem Bundesgesetz über den Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland (Auslandskatastrophenfondsgesetz), BGBl. I Nr. 23/2005, errichtet wurde und die Aufgabe hat, Maßnahmen im Zusammenhang mit Katastrophenfällen im Ausland zu finanzieren, die der Beseitigung von Katastrophenschäden und der humanitären Hilfe dienen. Über die Verwendung der Mittel dieses Fonds entscheidet gemäß § 3 dieses Gesetzes in jedem einzelnen Katastrophenfall die Bundesregierung. Die Abwicklung des Betrages soll im Wege der Austrian Development Agency (ADA) erfolgen.

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen stellen wir daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle beschließen, zur Bekämpfung der humanitären Krisen in Syrien und der Region

- EUR 2 Mio. dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK),
- EUR 1 Mio. dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) sowie
- EUR 1 Mio. der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für Syrien,

- EUR 1 Mio. UN Women für den Libanon und
EUR 1 Mio. dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen
(UNHCR) für Jordanien

zur Verfügung zu stellen.

14. November 2023

Karl Nehammer, MSc
Bundeskanzler

Mag. Werner Kogler
Vizekanzler

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister